

Belgische Schokolade

Aus dem Englischen übersetzt

von Nora Seligmann

Der Journalist und bekannte Friedensaktivist Uri Avnery am 22.2.2003:

„Essen Sie keine belgische Schokolade mehr“, ermahnte der israelische Konsul in Florida die dort heimische, große jüdische Gemeinschaft. In Israel erreichten die Flüche auf Belgien ohrenbetäubende Schallstärke. „Erbärmliches Belgien!“, „Durchgedrehtes Belgien!“, „Größenwahnsinniges Belgien!“. Am meisten wiederholt wurden aber „Antisemitisches Belgien!“ und „Neonazistisches Belgien!“. – Der israelische Botschafter in Brüssel wurde natürlich zurückgerufen. Schließlich kann Israel sich ja nicht durch einen Botschafter in der Welthauptstadt des Antisemitismus vertreten lassen.

Der Sturm brach los, als ein belgisches Gericht befand, daß Ariel Scharon durchaus als vermutlicher Kriegsverbrecher vor ein belgisches Gericht zitiert werden kann – allerdings erst, wenn er nicht mehr Premierminister ist. Offiziere der israelischen Armee, die möglicherweise mit dem Massaker in Sabra und Schatila 1982 zu tun gehabt haben, könnten jetzt sofort gerichtlich verfolgt werden.

In einem israelischen Fernsehprogramm brachte es der Programmleiter, ein Anwalt, auf die folgende Formel: „Das antisemitische Belgien will Offiziere eines anderen Landes vor Gericht stellen für in einem dritten Land begangene Verbrechen. Dabei haben die Angeklagten keinerlei Verbindung mit Belgien, befinden sich nicht auf belgischem Territorium und die ganze Sache geht Belgien nichts an. Das nennt man Größenwahn und das ist ein Thema für die Psychiatrie!“

„Seltsam nur“, erwiderte ich darauf in der Sendung, „mir scheint doch, es habe einmal den Fall gegeben, in dem Land A im Lande B einen Bürger des Landes C aufgriff, weil er Verbrechen im Land D gegen Bürger der Länder E, F und G begangen hatte – und das, obwohl das Land A gar nicht existierte, als die Verbrechen begangen wurden.“ Ich dachte natürlich an den Prozeß gegen Eichmann, den wir alle guthießen.

„Wie können sie so einen Vergleich ziehen!“, empörten sich im Chor die anderen Teilnehmer an der Sendung. Allerdings – ja, wie kann man denn die von Juden begangenen Untaten vergleichen mit denen der Gojim (pejorativ für Nichtjuden, d. Ü.) gegen Juden?!

Nun ja, es waren die Juden, die am Ende des Zweiten Weltkrieges forderten, daß alle Länder Naziverbrecher und ihre Mithelfer vor Gericht stellten. Eichmann war in Anwendung des israelischen „Gesetzes zur gerichtlichen Verfolgung der Nazis und ihrer Mithelfer“ nach Israel verbracht worden, denn dieses Gesetz kennt keine nationalen Grenzen.

Vor kurzem wurde im israelischen Parlament ein Gesetz verabschiedet, das es israelischen Gerichten ermöglicht, jeden auf der Welt zu verfolgen, dem irgendein Verbrechen gegen Juden in irgendeinem Land zu Last gelegt wird. Wenn das recht und billig ist, was ist dann unrecht an dem belgischen Gesetz mit einer universalen Anwendung, wonach belgische Gerichte Kriegsverbrecher aus allen Ländern der Welt verfolgen können?

Immanuel Kant sagte mit seinem kategorischen Imperativ sinngemäß: Richte dein Handeln so aus, daß das Prinzip deines Handelns zum gleichen Zeitpunkt universale Gültigkeit haben könnte. – Ach ja, Kant war wohl ein Antisemit ...

Vor vielen Jahrhunderten legte sich die Menschheit einen Rechtsgrundsatz zu, wonach jedes Land Piraten vor Gericht stellen und sie hängen durfte, egal zu welchem Volk sie gehörten, aus welchem Land sie stammten und wo sie auftraten. Dahinter stand die Auffassung, daß der Pirat ein Feind der Menschheit schlechthin sei und daß daher jedes Land das Recht, ja die Pflicht habe, ihn vor Gericht zu stellen.

Das belgische Gesetz gegen Kriegsverbrechen ist ein Schritt in diese Richtung und ich für meinen Teil hoffe, daß noch viele andere Ländern folgen werden. Es wäre natürlich besser, wenn der Internationale Gerichtshof für Kriegsverbrechen in Den Haag seine Aufgabe erfüllen könnte; es wird aber noch lange dauern, bis das der Fall sein wird.

Ungeheurer politischer Druck wird ausgeübt, viele Bedingungen und Beschränkungen werden aufgestellt, so daß der Gerichtshof sich an Händen und Füßen gefesselt sieht. Schlimmer noch, die USA als einzige Supermacht sind offenbar auf bestem Wege, ihn aus dem Weg zu räumen (so wie sie nach dem Ersten Weltkrieg den Völkerbund belanglos gemacht haben).

Mein Traum ist es, vor Ende dieses 21. Jahrhunderts den Beginn einer neuen, für alle verbindlichen Weltordnung unter einem Weltparlament zu erleben. Dazu müßte ein Weltgericht gehören und eine Weltpolizei, um über Konflikte zwischen Staaten zu entscheiden, wie es bis jetzt die Gerichte eines Staates bei Konflikten zwischen seinen Bürgern tun.

Bis dahin ist der Weg noch weit und verstellt von Hindernissen; Jahrzehnte werden vergehen, ehe die Menschheit diese Etappe erreicht. Wir müssen aber darauf hinarbeiten. In der Zwischenzeit müssen andere Länder dem Beispiel Belgiens folgen, um die Entwicklung in diesem Sinne anzuschieben. Das gilt vor allem in Bezug auf Kriegsverbrechen.

Mancher wird einwenden, wir sollten keine Mitbürger an ein fremdes Gericht ausliefern, es obliege jedem Staat, seine Kriegsverbrecher selber zu verfolgen. Das ist aber eine Utopie: Staaten haben erstens keine Neigung, solch beschämende Verbrechen zuzugeben und versuchen in der Regel, sie zu vertuschen. Zudem aber werden solche Verbrechen ja auch gerade von Staatsdienern selber begangen.

Der Fall von Sabra und Schatila liefert ein typisches Beispiel dafür. Hier in Kürze die Sachlage:

Im Sommer 1982 fiel die israelische Armee in West-Beirut ein und verletzte damit eine ausdrücklich gegenüber dem amerikanischen Vermittler Philip Habib eingegangene Verpflichtung. Zu dem Zeitpunkt hatten die Streitkräfte der PLO die Stadt schon verlassen.

Von dem Augenblick an wurde West-Beirut mit den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ein von der israelischen Armee besetztes Gebiet und sie war somit verantwortlich für alles, was dort passierte.

Nach der Besetzung ließ die israelische Armee die „Phalangisten“, Anhänger einer extremistischen Gruppe der christlichen Maroniten, in die beiden Lager eindringen. Diese Gruppe hatte schon in anderen palästinensischen Flüchtlingslagern fürchterliche Massaker begangen. An ihrer Spitze stand ein Eli Huweika, bekannt als Massenmörder.

Die israelische Führung wußte genau, daß die Phalangisten Greuel einsetzten, um die Palästinenser zur Flucht aus dem Libanon zu bewegen. Als das israelische Kabinett über die Absicht der Armee informiert wurde, die Phalangisten ans Werk gehen zu lassen, warnte Minister David Levy, der aus Marokko stammte, daß das zu einer Katastrophe führen würde. Seine Kollegen gaben nichts auf seine Warnung.

Sowie die Phalangisten in die Lager eingedrungen waren, fingen sie an, ohne Unterschied Männer, Frauen und Kinder niederzumetzeln. Der Kommandant dieser Aktion, Eli Huweika, beaufsichtigte den Vorgang von dem Dach des israelischen Kommandopostens für den Stadtteil am Rande der beiden Lager.

Offiziere unter dem israelischen Divisionskommandanten General Amos Yaron hörten, wie Huweika seinen Leuten per Nahfunk (walkie-talkie) Anweisung gab, auch Frauen und Kinder zu töten. Sie informier-

ten umgehend Yaron davon, aber dieser schob die Meldung beiseite. (Später sollte er zugeben: „*Unsere Sinne waren abgestumpft.*“)

Im Laufe der Nacht und während das Massaker weiter ging (es dauerte dann im ganzen drei Tage), befahl der israelische Stabschef General Raphael Eytan seinen Truppen, auf Wunsch der Phalangisten das Gebiet mit Leuchtkugeln zu erhellen. Er stellte den Phalangisten auf Anforderung auch einen Traktor zur Verfügung (der vermutlich gebraucht wurde, um die Leichen zu verscharren).

Ein junger israelischer Offizier, der von den furchtbaren Vorgängen durch Frauen hörte, die aus dem Lager hatten fliehen können, lief von einem Offizier zum andern und bedrängte sie einzugreifen. Alle weigerten sich.

Nach dem Massaker weigerte sich die Regierung unter Premierminister Begin, eine unabhängige Untersuchung anzuordnen. Mit einer riesigen Demonstration in Tel Aviv (die zu einem Mythos gewordene Vierhunderttausend-Demo) zwangen wir die Regierung, eine staatliche Untersuchungskommission unter dem Vorsitz eines Richters des Höchsten Gerichts, Yitzhak Kahan, zu beauftragen.

Diese Kommission kam zu dem Schluß, daß der Verteidigungsminister (Scharon), der Stabschef und eine Anzahl höherer Offiziere eine „*indirekte Verantwortung*“ für die Ausschreitung trugen. Einige unter uns standen auch dann noch auf dem Standpunkt, daß die Regierung alles getan hatte, um den guten Ruf des Staates zu schützen und daß man aus den vorliegenden Tatsachen viel weiterreichende Schlüsse hätte ziehen können.

Die Kommission empfahl unter anderem, den Verteidigungsminister seines Amtes und Yaron von seinem Posten an der Spitze von Truppen im Felde zu entheben. Die Kommission empfahl aber nicht, Scharon ganz und gar aus der Regierung zu entfernen oder Yaron aus der Armee auszuschließen. Sie unternahm gegen den Stabschef überhaupt nichts, weil er sowieso am Ende seiner Dienstzeit stand. Weitere Offiziere erhielten kleinere Strafen.

Heute ist Scharon Premierminister, steht praktisch an der Spitze der Armee, und Amos Yaron ist der „*Generaldirektor*“ des Verteidigungsministeriums. In der Tat sind alle von der Kommission Belasteten in ihrer Karriere aufgestiegen.

Vor allem aber ist niemand der einer Mitverantwortung Verdächtigen je vor ein Gericht gestellt worden, was ungleich mehr wiegen würde als die Untersuchung durch eine Kommission.

Nachdem das belgische Gesetz einer universalen Rechtsprechung verabschiedet worden war, haben Überlebende des Massakers Scharon und seine Offiziere in Brüssel angeklagt. Das hat die heutige Empörung ausgelöst.

Niemand zieht die Unabhängigkeit des belgischen Rechtssystems in Zweifel. Wenn Scharon und seine Leute sich ihrer Unschuld sicher sind, warum sollten sie dann nicht vor Gericht erscheinen und es beweisen? Die israelische Regierung hat ihnen ja immerhin ihre erfahrensten Anwälte unentgeltlich zur Verfügung gestellt. (Man könnte sich als Steuerzahler fragen, warum man für die Verteidigung von Leuten bezahlen soll, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind.)

All das hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Der Gebrauch dieser Schmähung gegen jeden, der es wagt Kritik an Scharon und seinen Kollegen zu üben, erinnert an Dr. Samuel Johnsons Ausspruch: *„Patriotismus ist die letzte Zuflucht eines Lumpen.“*

Also, essen Sie ruhig weiter belgische Schokolade. Auch wenn es die bittere Sorte ist.